

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei bei Nacht...
Verlag v. Witzgen u. Wirth-Nachb. 13 Wpl.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-21, J. Marien-
straße 18/19. Fernruf 25251. Postfachkonto 1068 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Amtshauptmannschaft Dresden und des Stadtschreibers beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Verlag v. Witzgen u. Wirth-Nachb. 13 Wpl.
Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-21, J. Marien-
straße 18/19. Fernruf 25251. Postfachkonto 1068 Dresden

Opahof
Restaurant
TANZ
L-BAR
3 Uhr

China geht scharf gegen Abtrünnige vor

Die Hinrichtung Hanfutshus Auftakt zum neuen Kurs

Hankau, 25. Januar.

Wie bereits kurz berichtet, wurde am Montag auf Veranlassung der chinesischen Zentralregierung der Gouverneur der Provinz Schantung, Hanfutshu, hingerichtet. Wie man dazu erfährt, erfolgte die Hinrichtung im Zuge der seit kurzer Zeit von der Zentralregierung geübten Ausmerzung ungetreuer und unfähiger militärischer Unterführer.

An der Exekution Hanfutshus zu Hankau waren erstmals Zweifel aufgetaucht, als Tsingtau seinerzeit von den japanischen Flotten der chinesischen Küste ausgenommen worden war. Hanfutshu wurde vom Kriegsgericht in Hankau für schuldig befunden, die ihm unterstellten Truppen entgegen dem ausdrücklichen Befehl des chinesischen Oberkommandos vom Gelben Fluß zurückgenommen sowie einen großen Teil der Provinz Schantung fast ohne Kampf preisgegeben zu haben. Das Todesurteil gegen Hanfutshu hat allgemeine

Ueberraschung hervorgerufen, da die chinesische Zentralregierung hiermit zum ersten Male von der bisher geübten Milde gegen abtrünnige Unterführer abwich, im Interesse der Verteidigung des Landes also einen neuen, scharfen Kurs an den Tag legt.
Zum Gouverneur von Schantung wurde Admiral Senghuanli, der bisherige Bürgermeister von Tsingtau, ernannt.

Anrecht an Millionen beseitigt

Berlin, 25. Januar.

Zu den wichtigsten Neuerungen des Reichsgesetzes über die Rentenversicherung, wenigstens hinsichtlich des großen Kreises der davon Betroffenen, gehört die Anrechnung der Kriegsdienstzeit in der Invalidenversicherung. Es wurde damit ein Anrecht beseitigt, das von den Arbeitern um so mehr empfunden wurde, als die Angehörigen der Versicherung auch schon bisher die Kriegsdienstzeiten anerkannt und für diese Jahre Steigerungsbeträge gewährt. Durch die Nichtberücksichtigung der Kriegsdienstjahre bei der Rentenberechnung geriet der Arbeiter, der an der Front sein Leben einsetzte, in Nachteil gegenüber demjenigen seiner Kameraden, die in der Heimat blieben und weiterhin ihren Beruf ausüben konnten. Ebenso wie für die Kriegsjahre werden künftig auch für die Zeiten der Erfüllung der Arbeitsdienst- und Wehrpflicht Steigerungsbeträge gewährt.

Die materiellen Auswirkungen dieser Maßnahmen für die einzelnen Rentenbesitzer sind noch nicht fest, da das Gesetz die Frage, in welcher Klasse die Steigerungsbeträge für diese Zeiten gewährt werden, noch offengelassen hat. Die Entscheidung darüber wird demnächst fallen. Unabhängig davon haben einige Landesversicherungsanstalten bereits zur Einreichung entsprechender Anträge unter Beifügung der Militärpapiere oder ähnlicher Ausweise aufgefordert. Fest stehen die Auswirkungen hinsichtlich des großen Personenkreises, der davon erfasst wird. Von den 1,6 Millionen männlichen Rentenbesitzern, die wir gegenwärtig in der Invalidenversicherung besitzen, dürften die wenigsten keine Kriegsdienstzeit gemessen sein, wie auch von den künftigen Rentempfängern noch Millionen die Anrechnung der Kriegsdienstzeit beanspruchen können. Wichtig ist ferner, daß sich die Anrechnung der Kriegsdienstzeit natürlich auch auf die Witwen und Waisen auswirkt, deren Männer oder Väter die Anrechnung der Kriegsjahre für sich in Anspruch nehmen konnten. Auch der größte Teil der Bezieher der gegenwärtig laufenden und rund 600 000 Witwen- und 300 000 Waisenrenten dürfte also antragsberechtigt sein. Für diejenigen Versicherten, die noch nicht Rentenbesitzer sind, wird die Anrechnung der Kriegsdienstzeiten erst beim Eintritt des Versicherungsfalles gerechnet.

Hinsichtlich der Zahlung der neuen Renten werden die Berechtigten allerdings noch etwas Geduld zeigen müssen. Selbst wenn die Steigerungsbeträge, die gewährt werden, feststehen, brauchen die Versicherungsnehmer einige Zeit zur Umrechnung, denn es handelt sich ja um die Erledigung von Anträgen, die in die Millionen gehen. Auf jeden Fall erfolgt für die bereits laufenden Renten die Zahlung der erhöhten Rentensummen mit Wirkung vom 1. Januar 1938 an, die Differenzbeträge werden also dann von diesem Zeitpunkt ab nachgeschaldet.
50 Pfund Opium unterm Bett. In Singapur fand man beim Eintreffen des britischen Zerstörers „Defender“ in der Kapitänskabine unter dem Bett versteckt 50 Pfund Opium, die ein chinesischer Boy dort verheimlicht hatte. Er wurde zu einer Geldstrafe von 10 000 Dollar verurteilt, die er höchstwahrscheinlich in seinem ganzen Leben nie aufbringen wird.

Japanische Marine landet auf Hainan

Tokio, 25. Januar.

Wie aus dem japanischen Hauptquartier mitgeteilt wird, haben sich japanische Kriegsschiffe, darunter ein Landungsgepäckträger in Julin an der Nordküste der Insel Hainan (Hainanesisch Kanton) einzulassen, nachdem es vorher zu einem Feuergefecht zwischen Dschunken und japanischen Kreuzern gekommen war.

Es wird daran erinnert, daß in der letzten Zeit häufig chinesische Dschunken in der Ostchinesischen See beobachtet wurden. Vor sechs Tagen hatten japanische Flottenbesitzer im Hafen Julin einige Dschunken vor Anker liegend festgehalten. Bevor die zur Untersuchung der Dschunken ausgeboote Mannschaft landen konnte, eröffnete sie Maschinengewehr- und Geschützfeuer. Schließlich habe ein japanisches Kriegsschiff mit Artillerie ein-

gegriffen, und die chinesischen Angreifer seien dann durch ein Landungsgepäckträger vertrieben worden.

Vorläufig noch keine Kriegserklärung

Im Oberhaus erklärte Außenminister Hirota, daß die Zeit für eine Kriegserklärung an die chinesische Zentralregierung noch nicht gekommen sei und daß die künftige Entwicklung abgewartet werden müsse. Obwohl es sich tatsächlich um einen Krieg größten Ausmaßes handele, könne die gegenwärtige Lage in Ostchina doch nicht an den Kriegsgesetzen des Völkerrechts gemessen werden. Wenn Japan heute den Krieg erkläre, so träten automatisch für dritte Mächte die Neutralitätsgesetze in Kraft. Mit Rücksicht auf seine internationalen Beziehungen habe Japan bis heute keinen Krieg erklärt, aber es sei nicht ausgeschlossen, daß im Laufe der Entwicklung die Erklärung des Krieges notwendig werde.

„Polens Schicksal hängt von den Minderheiten ab“

Bemerkenswerte Rede des Ministerpräsidenten Skladkowski - „Gegen die arroganten Juden“

Warschau, 25. Januar.

Der polnische Ministerpräsident und Innenminister Skladkowski hielt im Reichstagsgebäude des Sejm eine sehr bemerkenswerte Rede, in der er sich eingehend an die Frage der nationalen Minderheiten in Polen ansetzte.

Von der Einstellung des polnischen Volkes zu seinen Minderheiten, so betonte Skladkowski einmütig, hänge in erheblichem Ausmaß das Schicksal Polens ab. Alle Neuherungen des Volkes und der Unabulksamkeit den Minderheiten gegenüber habe er für einen schweren Fehler, der sich früher oder später an Polen rächen werde. Es wäre unwürdig für Polen, so erklärte er weiter, auf dem Wege der Rechtsordnung den Minderheiten das Leben zu erschweren, denn das polnische Volk müsse mit den Minderheiten zusammenleben. Das Wirkswort habe die Pflicht, im Rahmen des Staates Ruhe und Gleichgewicht zu wahren, allerdings müßten sich auch die Minderheiten loyal verhalten. Die Regierung werde unveränderlich über sämtliche Konflikte zwischen der Mehrheit und der Minderheit stehen, denn die Regierung müsse die weiten Ziele des Landes im Auge behalten und sämtliche Kräfte der Mehrheit und der Minderheiten zum gemeinsamen Wohle zusammenschließen lassen.

Der Ministerpräsident wandte sich dann gegen einen Antisemitismus der Ukrainer. Anbefolende wüßte er nicht, daß ein „radikaler Nationalismus“ unter den Ukrainern in Galizien sich verbreite. Was in Warschau geschrieben werde, könne nicht immer in den Grenzgebieten gelten. Denn was sich noch vorwiegend in Warschau sagen ließe, habe in anderen Gebieten schon bestimmte Folgen.

Zur Judenfrage erklärte der Ministerpräsident, daß sich in Polen ein Kampf gegen die Ueberbevölkerung und ein Kampf gegen den Mangel an Brot abspiele. Der Ministerpräsident verurteilte verschiedene Vorkänge im Kampf gegen die Juden, die sich im letzten Jahr ereignet haben, erklärte dann aber, daß die Juden der Wahrheit nicht in die Augen sehen wollten. Polen verändere sich in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. Der polnische Bauer, der in die Städte ziehe, kämpfe um ein höheres Lebensniveau. Diese Bemerkungen müsse die Regierung unterstehen. Der Ministerpräsident wandte sich auch entschieden gegen die Einmischung der Juden, die außerhalb des polnischen Staates wohnen, in die inneren wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten Polens. Diese Einmischung erfolge oft in einem aggressiven und arroganten Geist und sei keineswegs notwendig, daß polnische Volk und die polnische Regierung zu beruhigen. Diese Einmischung sei eine Verleumdung

des Staatsbewußtseins bei sämtlichen Staatsbürgern, und zwar sowohl der Polen wie der Juden. Sie sei aber gleichzeitig nachteilig für die Juden selbst. Die polnische Realpolitik wüßte, so schloß Skladkowski seine Darlegungen, in allen Fragen der Minderheitenpolitik weiter den Weg des Wohlwollens zu gehen, den Weg gleicher Rechte für alle Bürger des Staates, aber auch den Weg der Aufrechterhaltung der Ruhe.

Ein Bataillon Amerikaner vor Teruel eingeseht

Zahlreiche Erfolge der nationalspanischen Luftwaffe

Salamanca, 25. Januar.

Die amerikanischen Blätter berichten in den letzten Tagen von einer regen Teilnahme von Amerikanern an den Kämpfen in Spanien auf Seiten der Bolschewisten. „Association Press“ meldet aus Penabaz, daß vor Teruel ein Bataillon Amerikaner in den Kampf gegen die Nationalspanier eingegriffen habe.

Wie der nationale Oberberichter meldet, konnte im Laufe des Montags eine weitere feindliche Stellung, in der die Bolschewisten zahlreiche Tote zurückließen, von den nationalspanischen Truppen genommen werden. Die nationale Luftwaffe entwickelte eine rege Tätigkeit, in deren Verlauf sieben bolschewistische Flugzeuge abgeschossen worden sind. Von zwei weiteren bolschewistischen Apparaten steht es nicht fest, ob sie ihre Flugbahn wieder erreichten haben.

Nach einer Meldung des Berichterstatters aus dem nationalspanischen Hauptquartier hat ein in Gefangenenschaft geratener sowjetspanischer Flugzeugpilot angegeben, daß

jämliche Staffeln und Geschwaderführer Franzosen oder Sowjetrussen seien. Der „Oberste Chef“ der bolschewistischen Flugwaffe sei ein berittener Sowjetruss. Von den ausländischen Fliegerhelflingen würden Frauen als Dolmetscher verwendet.

Der Wiederaufbau Oviedos beginnt

Oviedo, 25. Januar.

In der von den Bolschewisten verwühten Stadt Oviedo ist mit den Wiederaufbauarbeiten begonnen worden. Neben der Wiederherstellung historischer Anlagen und Bauten soll auch das monatelange harte Ringen der nationalen Verteidiger gegen die bolschewistischen Belagerer in einigen Denkmälern gewürdigt werden. So wird u. a. die Stellung der nationalen Truppen auf dem alten Friedhof, dem Schauplatz der schweren Kämpfe, als Kriegsmuseum ausgebaut. Ebenso wird die nationale Stellung am Schlachtfeld, den die Bolschewisten mit 400 Artilleriemörsern in die Luft sprengten, als bleibende Erinnerungstätte erhalten.

Vertiefung der deutsch-ungarischen Freundschaft

Budapest, 25. Januar.

Der Vortrag des Staatssekretärs Gombler vor dem Reichstag am Dienstag die ungarische Presse vollständig, ohne Unterbruch der Vertretung veröffentlichte die Blätter den Vortrag in größter Aufmerksamkeit und fast wortgetreu. In den Schlußsätzen wird immer wieder der eine Gedanke hervorgehoben: endgültige Klärung und Vereinfachung einer seit Jahren zwischen Deutschland und Ungarn schwebenden Frage durch einen offiziellen Vertreter des nationalsozialistischen Deutschlands. Die Blätter bringen zum Ausdruck, daß die hitlerische Debatte und Willkürerei damit endgültig ein Ende gefunden hat und bezeichnen den Vortrag als eine neue wertvolle Vertiefung und Kräftigung der deutsch-ungarischen Verhältnisse.

Moskau besetzt die baltischen Grenzen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. Januar.

Die Sowjetunion bemüht sich bekanntlich, die Konsulate ausländischer Mächte in Sowjetrußland möglichst zu besetzen und vor allem die Konsulate in Leningrad verbleiben zu lassen. In Warschau bringt man diese Bestrebungen in Zusammenhang mit dem Ausbau sowjetrussischer Befestigungsanlagen an der Grenze gegen Estland und Lettland. Es wird gemeldet, daß aus jenen Grenzgebieten die Einwohner auszuweisen und nach dem Innern Sowjetrußlands gebracht werden. Offenbar wüßte man diese Vorgänge in Moskau geheimhalten und will aus diesem Grunde die ausländischen Konsularvertretungen besetzen.